

Landesfachausschuss II

Innen, Justiz, Bund Europa



Freie Demokratische Partei
Landesverband Thüringen

Landesfachausschuss II
Innen, Justiz, Bund, Europa
Leiter: Herbert von Schlotheim

Tschaikowskistraße 35
99096 Erfurt

Tel.: 0361/ 34 55 929
Fax.: 0361/ 34 55 924

www.fdp-thueringen.de

BESCHLUSS

Sitzung des LFA II am 7. August 2007

FDP gegen Extremismus

Der Landesfachausschuss hat beschlossen:

Die FDP ist nach ihrem Selbstverständnis eine liberale Partei, die dem demokratischen Gedankengut verpflichtet ist.

Die FDP verwahrt sich daher gegen ständig veröffentlichte Begriffsvermengungen, die nicht in der gebotenen Schärfe zwischen rechten und linken und politischen Positionen einerseits und rechtsextremen, linksextremen oder sonstigen Extrempositionen andererseits unterscheidet.

Zum demokratischen Spektrum von links und rechts gehören auch Parteien, die mehr dem Verteilungsgedanken, dem selbstdefinierten Fortschritt, dem Pazifismus, der Ökologie oder der christlichen Solidarität, dem Konservatismus, der Freiheit, dem Leistungsgedanken dem Rechtsstaatsprinzip oder einfach Recht und Ordnung verbunden sind. Links und rechts sind deshalb traditionell politische Begriffe, die die verfassungsmäßigen Parteien innerhalb eines Parlamentes unterscheiden, ohne sie damit auszugrenzen. Die FDP wendet sich ganz entschieden dagegen, dass Rechts- oder Linksextremisten sich verharmlosend als Rechte oder Linke bezeichnen. Noch gefährlicher wird diese Begriffsverschiebung extremistischen Gedankenguts in den Bereich der Verfassung hinein, wenn sie von den Demokraten selbst übernommen wird und bereits der Begriff Links oder Rechts als verfassungsfeindlich stigmatisiert wird.

Entsprechend hält es die FDP auch nicht für angemessen, sich mit den Positionen und dem Verhalten rechts- und linksextremer Parteien und ihrer Anhänger und Sympathisanten weit über deren tatsächliches Gewicht hinaus in der Öffentlichkeit zu befassen.

Aus diesem Grund wehrt sich die FDP gegen grundsätzliche Bestrebungen zur Einschränkung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, da auf diese Weise eine große Vielzahl nicht-extremistischer Organisationen und Gruppierungen in ihren Rechten auf Darstellung ihrer Positionen und Meinungen Schaden nehmen würden. Maßnahmen gegen Extremisten dürfen nicht den Demokraten schaden.

Jena, 7. August 2007